

Stadtkanzlei  
Rathaus, 3602 Thun  
Tel. 033 225 82 21, Fax 033 225 82 02

# PROTOKOLL

## STADTRAT VON THUN

Sitzung 5/09 vom 7. Mai 2009, 17.00 Uhr, Rathaus Thun

---

### Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsidentin Renate Begré Damen und Herren Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Vreni Balmer, Jonas Baumann-Fuchs, Markus Bieri, Markus Binggeli, Silvia Brandenberger, Katrin Briggen, Christine Buchs-Enggist, Jürg Dällenbach, Andrea de Meuron, Marianne Dumermuth, Peter Dütschler, Peter Fahrni, Hans-Ueli Feuz-Kettiger, Martin Frei, Roman Gimmel, Thomas Gruber (bis Geschäft Nr. 44), Franziska Gyger, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold (bis Geschäft Nr. 44), Christina Jaccard, Daniel Jacobsen, David Külling, Raphael Lanz, Michael Lüthi (bis Geschäft Nr. 38), Rolf Marti, Thomas Notter, Christoph Peter, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Max Sager, Hans-Peter Steiner (bis Geschäft Nr. 40), Philippe Tobler, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Hans-Ueli von Allmen, Gemeinderätinnen Ursula Haller und Jolanda Moser, Gemeinderäte Andreas Lüscher und Peter Siegenthaler (bis Geschäft Nr. 44)
Ferner	Gemeinderatssekretär Marius Mauron Fürsprecher Jakob Schneeberger
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollführerin Alexandra Bachmann
Entschuldigt	Stadträte Patric Bhend, Urs Hüttinger, Carlos Reinhard und André Wyttenbach

**Die Stadtratspräsidentin** eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Sie informiert über den plötzlichen und unerwarteten Hinschied von Manuel Bietenhard. Er war von 1990 bis 2007 als Stadtschreiber im Dienste der Stadt Thun tätig. Sie würdigt seine Arbeit und Engagement und spricht den Angehörigen im Namen des Rates ihr Beileid aus. Der Rat gedenkt Manuel Bietenhard in einer Schweigeminute.

## 35. Protokoll

### Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 2. April 2009

Konrad Hädener, **Fraktion CVP+EVP**, wünscht folgende Änderungen:

Seite 35, 2. Absatz: "Das wird sich im Steuerertrag *ab 2009* in Form gravierender Ausfälle niederschlagen."

Seite 35, 2. Absatz: "Die Reaktion auf diese Entwicklung kann *nicht in einer Steuererhöhung* liegen."

Seite 35, 3. Absatz: "Der Gemeinderat nimmt hier seine *operative* Führungsverantwortung nur unzureichend wahr."

Jonas Baumann, **Fraktion CVP+EVP**, beantragt sein Votum auf Seite 39 wie folgt zu korrigieren:

*"Jonas Baumann, Fraktion CVP+EVP, nimmt die Sünde der Rückweisung, wie der Stadtpräsident das Vorgehen bezeichnet, der Antwort auf das Postulat "Schadaubrücke" auf sich und entschuldigt sich dafür. Als Neumitglied habe er nicht wissen können, dass ein solches Vorgehen unüblich sei. Er betont nochmals, dass er mit der Antwort des Gemeinderates einfach nicht zufrieden war und somit die notwendige Entscheidungsgrundlage für die Stadträte gefehlt habe. Man muss sich in der Diskussion bewusst sein, dass der Gemeinderat schreiben könnte, was er will und der Stadtrat aufgrund dessen Entscheidungen zu treffen habe. Er denkt nicht, dass es jetzt Sinn macht, darüber auch noch zu diskutieren."*

Raphael Lanz, **SVP-Fraktion**, beantragt in seinem Votum auf Seite 40 folgende Korrektur: "Städtebaulich ist die Fraktion der Meinung, dass die Kunsteisbahn eher beim *Stadion Thun Süd* anzusiedeln wäre."

Christoph Peter, **SVP-Fraktion**, beantragt folgende Korrektur auf Seite 32 und 34: Renate Begré hat für die *GFL* und nicht für die *SAKO 3* gesprochen.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, beantragt in ihrem Votum auf Seite 40 im zweitletzten Satz folgende Ergänzung: "Die Aldi-Filiale auf dem Grabengut stellt ein kleineres Übel dar *als wie sonst üblich eine Filiale auf der grünen Wiese*."

Das Protokoll wird **vom Rat** mit diesen Änderungen einstimmig genehmigt.

## 36. Kommissionen

### Ersatzwahl in die Stadträtliche Spezialkommission Revision Geschäftsreglement Stadtrat anstelle von Patric Bhend (SP)

Christina Jaccard, **SP-Fraktion**, schlägt *Rolf Marti (SP)* als Mitglied der Spezialkommission Revision Geschäftsreglement Stadtrat vor.

**Der Rat** genehmigt einstimmig folgenden

#### Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 lit. b) Stadtverfassung und Artikel 21 Absatz 1 Geschäftsreglement Stadtrat von Thun, nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlages der SP-Fraktion, beschliesst:

1. In die Stadträtliche Spezialkommission Revision Geschäftsreglement wird anstelle des zurückgetretenen Patric Bhend per sofort gewählt: Rolf Marti (SP).

## 37. Stadtplanung

### **Erlass des Uferschutzplanes Abschnitt Schadau bis Lachen für einen Uferweg vom Schadaupark bis zum Lachenkanal via Rougemontweg und Brücke über den Lachengraben**

Bericht des Gemeinderates Nr. 9/2009

**Gemeinderätin Ursula Haller** weist darauf hin, dass die Planung des Uferwegs seit zwanzig Jahren diskutiert wird. In dieser Zeit ist das See- und Flussufergesetz in Kraft getreten und sind Schutzgebiete für Wild- und Wasservögel erlassen worden. Der Gemeinderat bittet um Annahme des Geschäftes. Der Vorschlag ist ein austarierter und filigraner Kompromiss. Ziel soll sein, einen Uferweg zu schaffen, der diesen Namen verdient und auch den touristischen Anforderungen gerecht wird.

Thomas Notter, **SAKO 3**, informiert, dass die SAKO die Vorlage mit einer Gegenstimme zur Annahme empfiehlt. Mit der Genehmigung des Uferschutzplanes stimmt der Rat auch der Art der Ausführung zu. Nicht beschlossen wird in der heutigen Sitzung über die Ausführungskredite. Die SAKO 3 unterstützt die Vorlage aus folgenden Gründen: Ein Uferschutzplan ist ein gesetzliches Erfordernis. Wird keiner erlassen, kommt es zur Ersatzvornahme durch den Kanton. Der Uferschutzplan erlaubt zudem den Eingriff in Eigentum, die Erlebbarkeit der Uferlandschaft und integriert den Natur-, den Ortsbild- sowie den Kulturgüterschutz. Die Verhandlungen mit dem Kanton zeigten, dass der geplante Stichweg zum See in Abschnitt 2 nicht verhältnismässig wäre. Er wurde deshalb fallen gelassen. Die Brücke über den Lachengraben wie auch das Trottoir vis-à-vis des Schadausaals sollen gebaut werden. Die Brücke ist für die kantonale Genehmigung, das Trottoir für den behindertengerechten Zugang notwendig. Der Uferschutzplan kann nur gesamthaft genehmigt werden. Die heutige Kostenschätzung geht von einem Aufwand von 911'000 Franken aus, wovon 365'000 Franken durch die Gemeinde zu tragen sind. Der Landerwerb kostet ca. 85'000 Franken, die Brücke über den Lachengraben 370'000 Franken. Die beiden Fussgängerverbindungen kosten ca. 144'000 Franken bzw. 177'000 Franken. Die Mittel der Stadt sind im Finanzplan vorgemerkt. Die vorliegende Lösung ist ein Kompromiss, der eine breite Zustimmung genießt. Er warnt davor, die Vorlage in einzelnen Punkten zu korrigieren. Zurzeit sind noch vier Einsprachen hängig. Die übrigen wurden mit dem Verzicht auf den Stichweg zurückgezogen. Die SAKO hat die verbliebenen Einsprachen analysiert. Ein Einsprecher ist nicht direkt betroffen und macht öffentliche Interessen geltend. Es ist anzunehmen, dass auf die Einsprache nicht eingetreten wird. Eine zweite Einsprache ist durch den Hauseigentümer zurückgezogen worden, nicht aber durch den Mieter. Ein dritter Einsprecher erachtet die Brücke über den Lachengraben als überflüssig. Die SAKO ist der Auffassung, dass gerade diese Brücke sehr attraktiv für das Publikum ist. Ein vierter Einsprecher befürchtet Einschränkungen beim Betrieb seiner Liegenschaft. Bei der Umsetzung kann und soll darauf Rücksicht genommen werden. Die SAKO ist einverstanden, dass der Gemeinderat beim AGR die Abweisung der verbliebenen Einsprachen geltend macht.

Die **Fraktion CVP+EVP** stimmt der Vorlage ebenfalls zu. Sie bemängelt aber, dass der Kanton aufgrund des See- und Flussufergesetzes, welches unverhältnismässig ist, von der Gemeinde Ausgaben in der Höhe von 365'000 Franken verlangen kann.

**David Külling** (EDU) unterstützt den Antrag des Gemeinderates. Die Kompromisslösung schont die Natur und ist gleichzeitig für die Fussgänger attraktiv. Auch die Velofahrer profitieren von der Lösung.

Marianne Dumermuth, **SP-Fraktion**, orientiert, dass die Fraktion der Vorlage mehrheitlich zustimmt, weil es momentan die einzige mögliche Lösung in einer nicht endend wollenden Geschichte ist. Das Projekt ist nicht berauschend. Es gibt aber gute Gründe, dem Uferweg zu zustimmen. Das Wasser muss den Menschen zugänglich gemacht werden. Darum muss an der Brücke über den Lachengraben festgehalten werden, handelt es sich hierbei doch um den attraktivsten Teil des Projektes.

Suzanne Albrecht, **Fraktion Grüne**, befürwortet den Uferweg. Die Fraktion der Grünen hofft, dass mit dieser Vorlage ein erster Schritt Richtung durchgehender Weg vom Bahnhof Thun bis Gwatt gemacht wird. Der Weg ist ein Kompromiss zwischen den Anliegen des Naturschutzes und den Bedürfnissen der Anwohner. Zudem ist er für die Fussgänger attraktiv.

Sandra Ryser, **SVP-Fraktion**, findet die Kosten für den Wegabschnitt Schadau bis Lachen von rund einer Million Franken unverhältnismässig hoch. Die Fraktion ist der Meinung, dass es wichtigere Projekte gibt, die realisiert werden sollten. Zudem wird mit dem Weg ins Eigentum von Bürgern eingegriffen. Die SVP-Fraktion lehnt die Vorlage ab. Sie ist zum heutigen Zeitpunkt nicht notwendig.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, findet den vorgeschlagenen Kompromiss attraktiv. Insbesondere die Brücke über den Lachengraben freut. Auch der Bau des Trottoirs ist nachvollziehbar. Die Fraktion ist froh über den gelungenen Uferschutzplan und stimmt der Vorlage zu.

**Daniel Jacobsen** (SP) wird sich der Stimme enthalten. Er ist aus historischen Gründen frustriert.

**Hans-Peter Steiner** (SVP) lehnt die Vorlage ab. Der Weg auf Abschnitt 5 führt direkt über Privatland. Dies ist ein zu grosser Einschnitt für den betroffenen Landbesitzer.

**Christoph Peter** (SVP) findet die Kosten von 370'000 Franken für die Brücke viel zu hoch. Sie könnte für 80'000 Franken gebaut werden. Er hofft, dass der Rat bei der späteren Kreditvorlage die überbewertete Variante ablehnt.

**Andrea de Meuron** (Grüne) nimmt zum Votum von Hans-Peter Steiner Stellung und hofft, dass er die Eigentumsinteressen der Bürger bei einem Strassenbau ebenso in Schutz nehmen wird.

**Gemeinderätin Ursula Haller** weist darauf hin, dass der Schutz des privaten Eigentums für den Gemeinderat sehr hohe Priorität geniesst. Dies zeigt sich im Verzicht auf den Stichweg. Der Gemeinderat musste zwischen Naturschutzanliegen und dem Schutz des Privateigentums abwägen. Das See- und Flussufergesetz wurde vom Volk angenommen und muss umgesetzt werden. Zur Brücke: Die Planer wissen sehr wohl mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umzugehen.

**Der Rat** genehmigt mit 26 : 7 Stimmen und 3 Enthaltungen folgenden

#### **Stadtratsbeschluss:**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 lit. b und c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 16. April 2009, beschliesst:

1. Genehmigung des Uferschutzplanes Abschnitt Schadau bis Lachen.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Dem AGR wird beantragt, die vier aufrecht erhaltenen Einsprachen abzuweisen.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieser Beschlüsse beauftragt.

## **38. Parlamentarische Initiative "Budgetdefizite vors Volk"**

### **Würdigung und Antrag zum weiteren Vorgehen**

Bericht der SAKO 1 Nr. 1/2009

Peter Dütschler, **SAKO 1**, informiert, dass die SAKO, wie der Gemeinderat, aber mit anderen Argumenten, zum Schluss kommt, dass Budgetdefizite nicht dem Volk zum Entscheid vorgelegt werden sollen. Er weist auf die verschickte Unterlage hin, in der die Argumente der SAKO aufgelistet sind. Die SAKO 1 empfiehlt dem Rat mit 3 : 2 Stimmen und 2 Enthaltungen die Ablehnung der Vorlage.

Die **FDP-Fraktion** ist der Auffassung, dass es die Arbeit des Rates ist, das Budget zu genehmigen oder abzulehnen. Diese Aufgabe soll nicht an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger delegiert werden.

Raphael Lanz, **SVP-Fraktion**, ist der Meinung, dass das Volk zwingend über ein negatives Budget abstimmen soll. Es soll möglichst früh einbezogen werden. Wenn die Stimmberechtigten erst über eine Erhöhung der Steueranlage abstimmen können, haben sie faktisch keine Wahl mehr, weil der Kanton bei einer Ablehnung die Steueranlage selber festsetzt. Wenn ein Budget negativ ausfällt, kann das dem Stimmvolk erklärt werden. Es wurde empirisch nachgewiesen, dass die Finanzen von Gemeinden, die

ein Finanzreferendum kennen, besser sind. Dies ist auf die präventive Wirkung dieses Instrumentes zurückzuführen. Es ist unbestritten, dass mit kurzfristiger Budgetkosmetik die Regelung unterlaufen werden könnte. Das Instrument soll aber vor allem langfristig wirken. Eine Stärke der Initiative ist ihr eindeutiger und äusserst klarer Wortlaut. Die SVP-Fraktion bittet um Unterstützung der Initiative.

Konrad Hädener, **Fraktion CVP+EVP**, ist der Meinung, dass ein obligatorisches Finanzreferendum ein negatives Budget zwar schon im vornherein verhindert. Weiter geht aber der Regulierungsmechanismus dieses Instrumentes nicht. Schon der Rat ist mit dem Budget teilweise überfordert. Ein Zufallsentscheid des Volkes ist aufgrund der Komplexität der Materie nicht ausgeschlossen. Mit dem Instrument wird zudem das finanzpolitische Verantwortungsgefühl des Rates geschwächt. Die Fraktion lehnt die Initiative einstimmig ab.

Vreni Balmer, **SP-Fraktion**, bezweifelt, dass die Stimmberechtigten für die Genehmigung eines Budgets an die Urne kommen. Die Fraktion findet, dass der Budgetentscheid vom Stadtrat getroffen werden muss. Es kann nicht sein, dass der Rat bei einem negativen Budget die Verantwortung an das Volk abgibt. Zudem ist das Instrument nicht tauglich, um die Finanzen in den Griff zu kriegen, weil negative Budgets leicht manipuliert werden können. Die Fraktion findet es angebracht, über die Stadtfinanzen zu diskutieren, aber mit populistischen Vorstössen ist dies nicht getan. Sie lehnt die parlamentarische Initiative einstimmig ab.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, lehnt die parlamentarische Initiative ab, weil er an der Wirkung eines obligatorischen Finanzreferendums zweifelt. Das Instrument generiert nur Kosten und ist einen Leerlauf, weil eine Abstimmung keinen konstruktiven Beitrag leistet. Früher, als es dieses Instrument noch gab, war die Finanzlage der Stadt nicht besser.

Raphael Lanz, **SVP-Fraktion**, schlägt vor, die Stimmberechtigten zu fragen, ob sie ein Finanzreferendum wünschen. In den letzten zwanzig Jahren hat es nur negative Budgets gegeben. Der Rat war nicht fähig, dies zu ändern. Der Vorstoss der SVP ist nicht populistisch.

**David Külling** (EDU) findet nicht, dass mit einem Finanzreferendum die Verantwortung auf das Volk abgeschoben wird. Der Rat hat in den letzten Jahren die Defizite einfach hingenommen und seine Verantwortung nicht wahrgenommen. Er ist überzeugt, dass der Gemeinderat nach wie vor seriös budgetieren würde. Die EDU wird die Vorlage unterstützen.

**Daniel Jacobsen** (SP) findet den Vorschlag, die Stimmberechtigten zu befragen, ob sie ein Finanzreferendum wünschen, nicht unterstützenswert. Eine Volksabstimmung wäre nur dann sinnvoll, wenn an diesem Tag keine andere Abstimmung stattfindet. Dann würde ersichtlich, wie gross das Interesse des Volkes an einem solchen Instrument ist.

**Roman Gimmel** (SVP) wird nie ein negatives Budget genehmigen, weil ein solches zwingend verhindert werden muss. Es ist unrichtig zu behaupten, dass sich der Rat mit dem Instrument des Finanzreferendums aus der Verantwortung ziehen würde. Wenn das Volk ein negatives Budget ablehnen würde, käme es wieder in den Rat zurück. Die Aussage des Gemeinderates, dass mit dem Finanzreferendum die Gefahr oder die Versuchung bestehe, dass Budgetmanipulationen vorgenommen werden, empfindet er als Drohung und Erpressung und ist nicht Niveau einer Finanzdebatte. Er ist überzeugt, dass mit der Initiative eher ein ausgeglichenes Budget erreicht werden kann.

**Der Rat** genehmigt mit 25 : 11 Stimmen folgenden

#### **Stadtratsbeschluss:**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 32 Absatz 2 und 3 Stadtverfassung und Artikel 50 Geschäftsreglement Stadtrat sowie nach Kenntnisnahme vom Bericht der Sachkommission 1 Präsidiales und Finanzen vom 26. März 2009, beschliesst:

1. Die parlamentarische Initiative "Budgetdefizite vors Volk" vom 22. November 2007 wird abgelehnt und nicht den Stimmberechtigten unterbreitet.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

### 39. Interpellation I 22/2008 betreffend städtische Ausgaben für das Kunstmuseum

**Fraktionen SVP, FDP, CVP+EVP und Stadträte der EDU vom 12. Dezember 2008; Beantwortung**

Die Diskussion wird gewünscht.

**Der Rat** stimmt der Diskussion zu.

Raphael Lanz spricht im Namen aller Interpellanten (**Fraktionen SVP, FDP, CVP+EVP und Stadträte EDU**). Die Interpellanten sind von der Antwort befriedigt und anerkennen, dass zurzeit keine anderen Handlungsmöglichkeiten bestehen, da der Subventionsvertrag bis am 26. September 2010 nicht kündbar ist. Die Interpellanten wünschen, dass vor der nächsten Vertragsverlängerung der Stadtrat oder die SAKO konsultiert wird, damit dann allenfalls eine Diskussion geführt werden kann.

Rolf Marti, **SP-Fraktion**, ist mit der sachlichen und informativen Antwort zufrieden. Die Subventionen vom Kanton und der regionalen Kulturkonferenz zeigen, dass sie das Kunstmuseum wertschätzen. Eine Umfrage bei verschiedenen Kunsthäusern hat gezeigt, dass ihr Kostendeckungsgrad zwischen 2 % und 26 % beträgt. Mit 19 % Kostendeckungsbetrag liegt Thun im obersten Drittel. Das zeigt, dass das Kunstmuseum Thun gut arbeitet. Das Kunstmuseum ist zudem ein verlässlicher Partner für Sponsoren sowie eine effiziente und breit abgestützte Institution.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, ist sehr zufrieden über die transparente Antwort. Die Optimierungsvorschläge zielen in die richtige Richtung. Die Fraktion schätzt die Qualität des Kunstmuseums und seine überregionale Ausstrahlung.

Suzanne Albrecht, **Fraktion Grüne**, ist mit der Antwort ebenfalls zufrieden. Es wurden nochmals die Einsparungsmöglichkeiten aufgezeigt. Da die Verträge bis 2012 laufen, wäre eine Kündigung vertragswidrig. Die Ausstrahlung des Museums ist für die Stadt, als Zentrum der Agglomeration, wichtig. Die Fraktion der Grünen unterstützt die Institution.

**Stadtpräsident Hans-Ueli von Allmen** ist erfreut, dass der Stadtrat den Stellenwert des Kunstmuseums hoch einschätzt. Die zuständige SAKO und der Stadtrat wird über die Folgeleistungen, welche die regionale Kulturkonferenz ausarbeitet, informiert werden.

### 40. Interpellation I 23/2008 betreffend städtische Ausgaben für das Tiefbauamt

**Fraktionen FDP, CVP+EVP, SVP und Stadträte EDU vom 12. Dezember 2008; Beantwortung**

Die Diskussion wird gewünscht.

**Der Rat** stimmt der Diskussion zu.

Peter Dütschler spricht im Namen aller Interpellanten (**Fraktionen FDP, CVP+EVP, SVP und Stadträte EDU**). Die Interpellanten sind mit der Antwort zufrieden. Es wurde klar aufgezeigt, welche Konsequenzen für das Tiefbauamt bei einer Reduktion der Aufwendungen und bei der externen Vergabe von Arbeiten zu erwarten wären. Grössere Projekte sollen nun gefördert werden. Erfreut nehmen die Interpellanten die Stellenreduktion zur Kenntnis. Es ist spürbar, dass im Tiefbauamt nach pragmatischen Lösungen gesucht wird, um die anstehenden Verwaltungsaufgaben zu lösen.

Peter Fahrni, **SVP-Fraktion**, ist über den Bericht ebenfalls erfreut. Es wurde offen beantwortet, wann das Auslagern von Arbeiten sinnvoll ist und wann nicht. Das Tiefbauamt hat begriffen, dass die Interpellanten keine Stelle abschaffen wollen, sondern, dass bei einer Neubesetzung überprüft werden soll, ob die Stelle noch besetzt werden soll. Das Tiefbauamt hat in der letzten Zeit gute, interne Lösungen gefunden. Im Tiefbauamt wird sehr gut gearbeitet. Trotz den Stellenreduktionen konnten die Arbeiten zur Zufriedenheit erledigt werden.



**Gemeinderätin Jolanda Moser** dankt für das Lob. Der Rat hat den Wechsel im Tiefbauamt wahrgenommen. Es wird alles unternommen, damit speditiv gearbeitet werden kann. Sie hofft, dass für die durch den harten Winter angefallenen Überzeiten eine Lösung gefunden werden kann. Die zusätzlich geleistete Arbeitszeit soll abgebaut oder entgolten werden können.

## 41. Interpellation I 24/2008 betreffend städtische Ausgaben für das Planungsamt

**Fraktionen CVP+EVP, SVP, FDP und Stadträte EDU vom 12. Dezember 2008; Beantwortung**

Die Diskussion wird gewünscht.

**Der Rat** stimmt der Diskussion zu.

Christoph Peter, **SVP-Fraktion**, ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Fraktion stellt im Planungsamt, im Gegensatz zum Gemeinderat, Planungs- und Koordinationsprobleme fest (z.B. die Parkhäuser). Auch Fachausschüsse bringen nur bedingt einen Nutzen. Zudem ist es heikel, wenn Mitarbeiter des Planungsamts in Jurys Projekte beurteilen, für die sie später die Baubewilligung erteilen müssen. Die SVP hat auch konkrete Sparvorschläge. So verlangte sie in einem in der letzten Sitzung eingereichten Postulat, dass die Stelle des städtischen Beauftragten für den Städtebau nicht mehr besetzt werden soll.

Markus Binggeli, **FDP-Fraktion**, ist mit der Antwort grundsätzlich einverstanden. Die Trennung des Bauinspektorats und des Planungsamts findet die Fraktion nach wie vor nicht effizient. Dies erfordert grossen Koordinationsaufwand. Die Fraktion bittet, diesen Aufwand möglichst tief zu halten.

Max Sager, **SP-Fraktion**, unterstützt die Argumente des Gemeinderates und dankt dem Planungsamt für die gute Arbeit. Das Planungsamt arbeitet effizient und leistet einen wichtigen Beitrag für die langfristige Entwicklung der Stadt. Es verfügt über einen guten Kontakt zur Politik und kann darum die öffentlichen Interessen besser wahrnehmen als ein privater Betrieb. Die Auslagerung von Aufgaben an Externe verursacht höhere Kosten und bietet weniger Gewähr für eine koordinierte und optimierte Planung.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, findet es abträglich, dass die Ämter untereinander verglichen werden. Die Effizienz eines Amtes ist wichtig, darf aber nicht das einzige Kriterium sein.

Peter Fahrni, **SVP-Fraktion**, erwidert, dass im Tiefbauamt keine Stelle gekündet wurde.

**Gemeinderätin Ursula Haller** stellt klar, dass das Planungsamt wesentlich weniger Angestellte hat als das Tiefbauamt, andere Aufgaben und Voraussetzungen hat und nicht verglichen werden kann. Bevor man die Abschaffung einer Stelle, wie die des Beauftragten für den Fachausschuss Architektur und Aussenraum fordert, ist es zudem unumgänglich, dass man sich über die SAKO, das Planungsamt oder die Vorsteherin über das Pflichtenheft der Stelle informiert. Dies ist nicht passiert. Ohne Hintergrundkenntnisse die Abschaffung einer Stelle zu fordern, ist nicht seriös. Der Beauftragte hat eine wichtige Drehscheibenfunktion bei Baubewilligungen. Auch auf die Besetzung der Jurys wird im Planungsamt sorgsam geachtet. Befangenheiten werden bewusst vermieden. In der nächsten Stadtratssitzung wird das Geschäft Strategie Stadtentwicklung traktandiert. Dort wird ersichtlich werden wie vorausschauend das Planungsamt denkt. Im Planungsamt wird fachmännische und gute Arbeit geleistet wird.

## 42. Interpellation I 25/2008 betreffend Leerbestand von Liegenschaften

**Fraktionen der CVP+EVP, FDP, SVP und Stadträte EDU vom 12. Dezember 2008; Beantwortung**

Die Diskussion wird gewünscht.

**Der Rat** stimmt der Diskussion zu.

Peter Dütschler spricht im Namen aller Interpellanten (**Fraktionen der CVP+EVP, FDP, SVP und Stadträte EDU**). Die Interpellanten sind mit der Antwort zufrieden. Die Kennzahlen für die ungenutzten Flächen der Stadtliegenschaften sind gut. Die Begründung für den kurzzeitigen Anstieg des Leerbestandes ist nachvollziehbar.

## 43. Motion M 6/2008 betreffend Überbauungsordnung im Gebiet Schadau

### SVP-Fraktion vom 18. September 2008; Beantwortung

Raphael Lanz, **SVP-Fraktion**, ist enttäuscht, dass nur einem Anliegen der Fraktion Rechnung getragen wird. Die Fraktion ist erfreut, dass die kantonale Denkmalpflegekommission zum Schluss kommt, dass der Bau gegen die Strasse hin nur zweigeschossig sein darf. Die Fraktion fragt sich aber, wie es dazu kam, dass ein Projekt siegte, welches die kantonale Denkmalpflegekommission nicht genehmigt. Er hofft, dass die öffentlichen Interessen im Baubewilligungsverfahren nun genügend wahrgenommen. Ein Verzicht auf eine Überbauungsordnung ist zulässig. Ist sich aber der Gemeinderat sicher, dass statt des Wettbewerbs nicht eher eine gesamtheitliche Planung notwendig ist? Es bestehen nicht nur private sondern auch öffentliche Interessen, die Bauten genau zu prüfen. Die Fraktion wird die Debatte abwarten. Momentan hält sie an der Motion fest.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, unterstützt das Anliegen, sofern es als Postulat eingereicht wird. Eine Motion ist in dieser Sache rechtlich nicht haltbar, ein Postulat ist das geeignete Instrument dazu. Die Fraktion der Grünen ist der Meinung, dass die bisherige Planung nicht optimal war und das Resultat nicht befriedigt. Die Federführung der Planung lag beim Kanton und nicht beim Planungsamt. Es gibt beim Ortsbildschutz, Verkehr, Hochwasserschutz und dem Einbezug der Betroffenen ungelöste Probleme. Es ist auch zu prüfen, ob das Areal tatsächlich nicht öffentlich genutzt werden soll. Die Fraktion stellt fest, dass bei diesem Projekt viel Vertrauen verloren gegangen ist. Der Gemeinderat ist aufgefordert, ein breiter abgestütztes Resultat zu suchen.

Markus Binggeli, **FDP-Fraktion**, betrachtet das Anliegen als nicht motionsfähig. Die Fraktion unterstützt aus diesem Grund nur ein Postulat. Das betroffene Gebiet entwickelt sich sehr. Auch deshalb ist es wichtig, das Vertrauen der Betroffenen für Bauten zurückzugewinnen.

Marianne Dumermuth, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass die Motion inhaltlich wenig fordert. Eine Überbauungsordnung ist nicht ein Garant für eine befriedigende Lösung. Mit einem Wettbewerb werden meistens die besseren architektonischen Resultate erreicht. Die Fraktion anerkennt, dass das Anliegen nicht motionsfähig ist. Die Fraktion würde das Anliegen aber in Form eines Postulates unterstützen. Das Gebiet eignet sich für eine Überbauung. In den Planungsprozessen müssen aber die privaten wie öffentlichen Interessen abgewogen werden. Die Fraktion bittet den Gemeinderat diese Aufgabe mit allen Kräften wahrzunehmen, damit das Projekt zu einem guten Abschluss kommt. Wird das Anliegen in einer Motion überwiesen, würde das ganze Projekt gestoppt, was u.a. Entschädigungspflichten auslösen könnte.

Jürg Dällenbach, **Fraktion CVP+EVP**, findet, dass mit den Projektanpassungen ein Schritt in die richtige Richtung getan wurde. Das Projekt ist aber nach wie vor in vielen Punkten diskutabel. Sicher ist, dass das Verfahren regelkonform abgelaufen ist und die Regeln nicht während des Verfahrens geändert werden können. Eine Überbauungsordnung würde die Probleme nicht lösen. Die Fraktion würde das Anliegen aber, als Fingerzeig, in einem Postulat, nicht aber in einer Motion, überweisen.

**Thomas Gruber (SP)** wird sich aufgrund einer vertraglichen Situation der Stimme enthalten.

**Gemeinderätin Ursula Haller** bestätigt das Votum von Marianne Dumermuth vollumfänglich. Sie nimmt zum Vorstoss keine Stellung, damit ihr im Baubewilligungsverfahren keine Befangenheit vorgeworfen werden kann. Der Gemeinderat wird sich für kleinere Bauten einsetzen. Die kantonale Denkmalpflege war auch in der Jury vertreten, hat aber danach einen Mitbericht verfasst. Der Gemeinderat hat sich dafür eingesetzt, dass bei der Überarbeitung des Projekts die Einsprecher ihre Bedenken nochmals einbringen können. Er empfiehlt die Umwandlung in ein Postulat.



Raphael Lanz, **SVP-Fraktion**, stimmt zu, dass eine Überbauungsordnung nicht zwingend die besten Lösungen bringt. Die Fraktion wollte mit dem Vorstoss prioritär erreichen, dass das Projekt nochmals überdacht wird. Eine Überbauungsordnung ist nicht zwingend, wenn die Interessen der Betroffenen anderweitig gewahrt werden können. Er ist der Meinung, dass es nicht eindeutig ist, dass das Anliegen nicht motionsfähig ist. Dies zeigt die Antwort zu einer Motion der GFL (heute Grüne Thun), der der Gemeinderat zustimmte, obwohl der Stadtrat in dieser Sache nicht zuständig war. Die Fraktion bedauert, dass das Anliegen als Motion keine Mehrheit findet. Damit das Projekt nicht grundsätzlich gestoppt wird, wandelt die Fraktion die Motion in ein Postulat um.

**Der Rat** stimmt dem Postulat einstimmig zu.

#### **44. Interpellation I 1/2009 betreffend nachhaltige Wärmegegewinnungsmethoden und Gebäudeetikette für öffentliche Gebäude der Stadt Thun**

##### **FDP-Fraktion vom 23. Januar 2009; Beantwortung**

Die Diskussion wird gewünscht.

**Der Rat** stimmt der Diskussion zu.

Peter Dütschler, **FDP-Fraktion**, ist von der Antwort teilweise befriedigt. Er weist darauf hin, dass sich Ueli Spring schon seit Jahren für diese Thematik einsetzt. Er wünscht vom Gemeinderat, dass er die Thematik nachhaltige Wärmegegewinnungsmethoden und Gebäudeetikette weiter verfolgt und dass er bei den öffentlichen Gebäuden eine Vorreiterrolle einnimmt.

Rolf Marti, **SP-Fraktion**, war erstaunt über den Vorstoss der FDP. Die SP ist mit der Antwort nicht zufrieden. Sechs von sieben Fragen wurden wage und ungenügend beantwortet.

Martin Frei, **Fraktion Grüne**, ist mit der Antwort nicht zufrieden. Er befürchtet, dass konkrete Vorhaben nicht angegangen werden. Die Fraktion der Grünen fordert den Gemeinderat auf, Initiative zu ergreifen und das grosse Potenzial von nachhaltigen Wärmegegewinnungsmethoden zu nutzen. Die Bekämpfung des Klimawandels ist eine Wachstumsstrategie. Die Gebäudeetikette wurde von den Grünen im Rahmen der Gebäudestrategie in einem Vorstoss vom 5. Juni 2008 gefordert. Die Gebäudestrategie wird der Stadt viel bringen.

Christoph Peter, **SVP-Fraktion**, ist mit der Antwort zufrieden. Die Antwort zu Frage 4 zeigt, dass der Gemeinderat bezüglich Gebäudeetikette abwarten will. Die Fraktion ist froh, dass er seine Energie nicht nur in eine Gebäudeetikette sondern in die konkrete Umsetzung von Projekten steckt. Antwort 5 zeigt, dass der Gemeinderat den Aufwand und Ertrag realistisch einschätzt.

**Gemeinderätin Jolanda Moser** weist darauf hin, dass es noch keinen regionalen Energieplan gibt. Er wird zurzeit erarbeitet. Der Zeitplan kann eingehalten werden. Zu konkreten Beispielen: Die Verwendung der Fernwärme stockt, weil diese zurzeit nicht von ausserhalb des ESP-Gebietes geliefert werden kann. Im Amt für Stadtliegenschaften wird bei den städtischen Bauten bei jedem Neubau die Energieeffizienz geprüft. So soll zum Beispiel der neue Saal des KK Thun im Minergiestandart gebaut werden. Das Tiefbauamt wird ab dem Budget 2010 jährlich 160'000 Franken einsetzen, um energieverschwendende Strassenbeleuchtungen zu ersetzen.

## **Mitteilungen**

Keine Mitteilungen

## **Eingänge**

Keine Eingänge

**Schluss der Sitzung 19.25 Uhr**

---

Die Stadtratspräsidentin

Der Stadtratssekretär

Renate Begré

Remo Berlinger